

Stellungnahme gegen die Einführung von „zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“

Die voreiligen Kompromisse für „zentrale Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“ (ANKER) sind Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Lajos Fischer, Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI) plädiert dafür, auf die Einführung dieser zentralen Lager zu verzichten und erklärt: „Die Begründung für die angebliche Notwendigkeit dieser Art von Lagern durch die erhöhte Effizienz der Verfahren ist scheinheilig und nur vorgeschoben. Das wissen wir von den alltäglichen Praxisberichten aus den bereits existierenden „Vorbildern“ in Manching und Bamberg.“

An die SPD-Mitglieder appelliert Fischer, keinen Koalitionsvertrag mit diesem Inhalt zu legitimieren. Es ist verständlich, dass die Menschen sich nach den zermürbenden Monaten der Regierungssuche eine schnelle Lösung herbeiwünschen, aber das darf nicht um jeden Preis passieren. Auch die Zivilgesellschaft wird aufgerufen, ihre Stimme zu erheben, damit die Früchte des eigenen Engagements nicht zunichtegemacht werden. Der Aufruf gilt natürlich auch allen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land: Zeigen wir uns solidarisch mit den Schutzbedürftigen, die erst am Anfang des Weges stehen, den viele von uns bereits gegangen sind!

Philip Ther überträgt den militärischen Begriff „shock and awe“ auf das Feld der Politik: Es gehe darum, „auf einen Schlag mehrere umstrittene Gesetze und Eingriffe zu verkünden, um in der allgemeinen Aufregung Maßnahmen durchzudrücken, die für sich genommen nicht mehrheitsfähig wären“ („Der Preis der Abgrenzung“; in: Die Zeit, 11. Januar 2018). Genau das passierte gerade bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD.

Die emotional aufgeladene Debatte über die Migrationspolitik konzentrierte sich auf den Familiennachzug und streifte die eher symbolisch geführte Diskussion über die „Obergrenze“ der Menschlichkeit in der deutschen Asylpolitik. Hier stellt sich die Frage, wie man sich „strikt zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog im Grundgesetz, zur Genfer Flüchtlingskonvention sowie zur UN-Kinderrechtskonvention bekennen“ (Ergebnisse der Sondierungsgespräche, S. 19) und gleichzeitig die jährliche Zahl an Flüchtlingen einschränken kann. Während die SPD durch gezielte verbale Attacken erfolgreich von den eigentlichen Inhalten abgelenkt wurde, wurde die Einführung von „zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“ (ANKER) durchgewinkt. Die Öffentlichkeit nahm dieses geschickte Manöver kaum wahr.

Worum geht es eigentlich? Bei der Integration von Geflüchteten hatte man bis jetzt, auch infolge der schlechten Erfahrungen mit großen Aufnahmeeinrichtungen in der Vergangenheit, möglichst dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten bevorzugt, mit Erfolg. In der Zeit von hohen Zuwanderungszahlen hat das funktioniert, warum soll es jetzt anders sein? In Wahrheit geht es darum, der deutschen Zivilgesellschaft das zu nehmen, worauf sie in den letzten Jahren mit Recht stolz sein konnte: die „Willkommenskultur“. Menschen, die nach traumatischen Erlebnissen in Deutschland ankommen, haben hier natürlich keine politische Lobby. Diese Rolle übernahmen in den letzten Jahren zigtausende Freiwillige, gegen deren Begeisterung und Hilfsbereitschaft, unterstützt durch die damalige Offenheit der Kanzlerin, niemand richtig ankam. Die bis in den ländlichen Raum reichenden örtlichen Netzwerke können in zentralen Einrichtungen mit eingeschränktem Zugang selbstverständlich wenig ausrichten. Nicht nur die materielle, vielmehr die seelische Unterstützung wird fehlen. Der BZI-Vorsitzende Fischer warnt: „Wir wissen, dass Fremdenfeindlichkeit dort am stärksten wächst, wo die Kontakte zwischen Menschen der Aufnahmegesellschaft und Neuzuwanderern selten sind. Vom Frust in den Massenunterkünften über Reibereien und Gewalttaten bis zur kriminellen Stigmatisierung der „Lagerbewohner“ ist der Weg nicht lang.“

Yuval Noah Hararis Vergleich lässt sich auch auf die Rechtspopulisten in Deutschland (deren Reduzierung auf eine Partei zu naiv wäre) übertragen: Sie „sind wie eine Fliege, die einen Porzellanladen zu zerschlagen versucht. Die Fliege ist so schwach, dass sie nicht einmal eine Teetasse ins Wanken bringt. Also sucht sie sich einen Stier, setzt sich in dessen Ohr und beginnt zu summen. Der Stier gerät in Panik und Wut und verwüstet den Porzellanladen“ („Homo Deus“, München 2017, S. 31). Wenn die (gar nicht mehr so) Große Koalition das wertvolle und doch leicht zerbrechliche Porzellan des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen der Zivilgesellschaft und den Schutzsuchenden Geflüchteten leichtfertig zerschlägt, hat die „Fliege“ wieder gewonnen. Die Leidtragenden sind (für die große Öffentlichkeit kaum sichtbar) die Neuzuwanderer und (für uns alle spürbar) unsere Demokratie.

Kompromisse zu schließen ist in der Politik Alltag, ohne sie würde unser politisches System nicht funktionieren. Aber auch in diesem Geschäft gibt es Grenzen, vor allem, wenn deren Überschreitung die eigene Substanz gefährdet. Zum nicht wegzudenkenden Kern der SPD gehört die Idee der Solidarität. Und Solidarität bedeutet die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Unterstützung von Schutzbedürftigen. Wenn die SPD diese Klausel des geplanten Koalitionsvertrages mitträgt, hat sie in unseren Augen ihre grundlegende Daseinsberechtigung selber infrage gestellt.

Søren Kierkegaard wies darauf hin, dass wir unser Leben in der Schau rückwärts verstehen, aber vorwärts leben. Aus der NS-Forschung wissen wir, dass oft „gravierende gesellschaftliche Veränderungsprozesse von den Beteiligten selbst als

solche nicht erkannt werden“ (Dana Giesecke – Harald Welzer: „Das Menschenmögliche“; Hamburg 2012, S. 159), wenn diese die eigene alltägliche Lebenswelt grundsätzlich nicht verändern. Die Normen des sozialen Zusammenlebens können sich sukzessive verändern, die Konsequenzen werden von den meisten erst in der Rückschau wahrgenommen. Deswegen ist es besonders wichtig, auf sogenannte „starting points“ zu achten. Die Umsetzung der von der Mehrheit der Gesellschaft isolierten „zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“ könnte sich schnell zu einem solchen Wendepunkt entwickeln.

Berlin-Kempten, 05.02.2018

Lajos Fischer

Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates

Kontakt:

E-Mail: Lajos.fischer@bzi-bundesintegrationsrat.de

Mobil: 0176- 23243655